Freie Demokraten im Hessischen Landtag

TERMINAL 3

13.11.2014

„Die vor kurzem vorgestellte Studie der FRAPORT AG hat einen eindeutig positiven Trend für die weitere Entwicklung des Flughafens in Frankfurt aufgezeigt. Das Wachstumspotential des Flughafens ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Genau aus diesem Grunde hat die letzte Landesregierung aus CDU und FDP die Rahmenbedingungen für den Ausbau des Frankfurter Flughafens geschaffen, denn der Frankfurter Flughafen ist der wichtigste Wirtschaftsmotor in ganz Hessen. Nur auf dieser Grundlage können die aktuell bestehenden rund 78.000 Arbeitsplätze gesichert und weitere geschaffen werden. Wenn die Wirtschaftsweisen zu dem Schluss kommen, dass fehlende Investitionen für die lahmende Konjunktur verantwortlich sind, dann sollten wir froh sein, wenn ein Unternehmen hohe Millionenbeträge in der Region investieren kann und will“, so Jürgen LENDERS, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Weiter erklärte Lenders:

„Der Bau der Landebahn Nordwest ohne den Bau des Terminals 3 wäre völlig sinnlos. Technische Alternativen sind Augenwischerei. Die Liberalen sind zudem der Überzeugung, dass Investitionsmöglichkeiten und –maßnahmen am besten durch das entsprechende Unternehmen eingeschätzt werden können – die Politik hingegen hat sich aus entsprechenden, unternehmerischen Entscheidungen heraus zu halten.

Der Flughafen benötigt verlässliche rechtliche und politische Rahmenbedingungen und Grundlagen. Die von Schwarz-grün immer wieder geführte Diskussion um die Notwendigkeit des Terminals 3 führt zu Unsicherheiten bei Unternehmen und Investoren. Auch stelle ich mir die Frage was passiert, wenn die schwarz-grüne Landesregierung in Folge des durch sie beauftragten Gutachtens zur Bedarfsprüfung zu dem Schluss kommt, dass das Terminal 3 nicht notwendig sei und damit die unternehmerische Entscheidung des FRAPORT-Vorstandes falsch sei. Wird sie dann als Staat in die Entscheidungen

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=939

eines privaten Unternehmens eingreifen? Hierdurch wird durch die schwarz-grüne Landesregierung nicht nur das Ansehen des Wirtschaftsstandortes Frankfurt sondern letztlich auch Arbeitsplätze gefährdet. Daher muss dies ab sofort unterbleiben.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=939